

## Wirtschaft

# Dem Kongressstandort Bern sind Grenzen gesetzt

Tagungen und Konferenzen sind wichtig für Berns Tourismus. Es fehlen aber 500 oder mehr Hotelbetten.

### Mischa Stünzi

Der Kongresstourismus in der Stadt Bern erlebt derzeit einen Aufschwung. «Es finden mehr und grössere Kongresse in Bern statt», sagt Bernhard Rhyn aus eigener Erfahrung. Als Direktor von Bern Incoming, einer Tochtergesellschaft von Bern Tourismus, ist Rhyn sozusagen der oberste Vermarkter der Stadt als Kongressstandort.

Der Aufschwung ist kein Zufall. In Bern wurde in den letzten Jahren viel in die Kongressinfrastruktur investiert. Zentrale Projekte waren das Accor-Hotel am Guisanplatz, das Hotel Holiday Inn im Einkaufszentrum Westside und jüngst der Umbau des Kursaals - mit dem BeLive Center auf dem BEA-Gelände (Fassungsvermögen bis zu 9000 Personen) ist schon das nächste Eventinfrastruktur-Grossprojekt in Planung. Rund ein Fünftel der gesamten Hotelübernachtungen in Bern seien Kongress- und Tagungsbesuchern zu verdanken, schätzt Rhyn. Als Vermarkter streicht er gerne die Vorzüge der Hauptstadt heraus: «Ein schlagendes Verkaufsargument sind die Mehrsprachigkeit und die kurzen Wege; selbst wenn eine Veranstaltung im Westside oder in der Bern Expo stattfindet, erreichen die Teilnehmenden mit dem öffentlichen Verkehr die Innenstadt in wenigen Minuten.»

Doch ist das genug, um Bern erfolgreich auf dem lukrativen, aber umkämpften Kongressmarkt zu positionieren?

### Schlechte Verkehrsanbindung

Eine Stadt müsse gewisse Bedingungen erfüllen, damit sie zum erfolgreichen Kongressstandort werden könne, erklärt Monika Bandi, Leiterin der Forschungsstelle Tourismus (Cred) an der Universität Bern: Tagungsort mit grossen Plenarsälen, aber auch kleineren Räumen, gute Verkehrsanbindung, ein breites Hotel- und Gastroangebot, Unterhaltungsangebote für Kongressbesucher und ihre Begleitung, ein gewisses Prestige und Institutionen, die Kongresse durchführen oder anziehen können. Auf dieser Liste erfüllt Bern etliche Punkte: Die Stadt bietet etwa mit ihren kulturellen Institutionen und den verschiedenen Naherholungsgebieten Möglichkeiten für ein attraktives Rahmenprogramm.

Doch Bern hat als Kongressstadt auch seine Grenzen. Als grössten Mangel identifiziert Bandi die Verkehrsanbindung: Bern sei zwar ausgesprochen gut ans Bahnnetz angeschlossen, es fehle aber der internationale Flughafen. Hier ha-



Umgebauter Kursaal: Mit Investitionen in die Kongressinfrastruktur hat Bern seine Standortqualität erhöht. Foto: Adrian Moser

ben die grossen Schweizer Kongressstandorte Genf, Zürich und Basel einen entscheidenden Vorteil. Nicht nur sind die Städte für internationale Besucher leichter erreichbar, die bessere Anbindung locke auch immer wieder private Investitionen in Kongressinfrastruktur, führt die Forscherin der Uni Bern aus.

Bei aller Liebe zu Bern sieht auch Rhyn ein Manko: die beschränkte Kapazität. Ganz grosse Veranstaltungen ab 2000 Besuchern seien in Bern nicht mehr problemlos durchzuführen, meint der Mann von Bern Tourismus. Bandi erklärt warum: «Im Kongresstourismus nützen kleine Hotels nicht so viel. Der Koordinationsaufwand für den Veranstalter wäre einfach zu gross, wenn er die Teilnehmer auf mehrere kleine Hotels verteile.» Ihre Forschungsstelle ist zum Schluss gekommen, dass sich im Grossraum Bern etwa 15 Hotels für den Kongresstourismus eignen. Laut Bandi haben die Erweiterungen der Hotelkapazitäten in den letzten Jahren Berns Voraussetzungen für Kongresse verbessert.

Fachleute sprechen dennoch von 500 oder mehr fehlenden Betten. Abhilfe ist nicht in Sicht. Ein einziges konkretes Hotelprojekt sei auf dem Tisch, sagt Bernhard Rhyn: das neue Bärenareal in Ostermundigen. Darüber, ob in der Schönbühl dereinst ein Hotel stehen wird, will er nicht spekulieren. Für den Umbau des aktuellen Post-Hauptsitzes in ein Nobelhotel hat sich Bern-Tourismus-Direktor Markus Lergier bereits mehrfach stark gemacht.

### Erfolgreich in der Nische

Im Wettbewerb um grosse, internationale Kongresse hat es Bern auch sonst schwer. Die Stadt hat weder das Renommee von Konkurrenten wie Berlin und Wien, noch kann sie mit deren Unterhaltungsangebot mithalten. Wenn ein internationaler Kongress in Bern stattfindet, habe das oft mit einer hier ansässigen Institution zu tun, erklärt Bandi. So kommt es zum Beispiel immer wieder vor, dass die Universität grössere Veranstaltungen nach Bern holt. Am Montag erhielt in

dem Zusammenhang Zahnmedizinprofessor Daniel Buser den HIV-Preis für besondere Verdienste um die Berner Wirtschaft. Laut Buser generieren Zahnmedizinkongresse jährlich zwischen 5000 und 7000 Übernachtungen in Bern. Aber auch andere Fakultäten fördern den Kongressstandort: Vor zwei Jahren haben beispielsweise die Geologen einen Anlass mit rund 2000 Besuchern nach Bern geholt.

Unter anderem in solchen Zusammenarbeiten liegt Berns Potenzial. «Genf hat die UNO, Basel die Pharma, und in Bern setzen wir als Partner auf die Universität, die Bundesämter und die Sportverbände», sagt Rhyn. Es gehe Bern Incoming zudem nicht primär darum, nur Grossanlässe nach Bern zu holen. «Wir haben hier auch viele Veranstaltungen mit 50 bis 100 Besuchern.» Monika Bandi empfiehlt weiter, dass Bern seine intakten Chancen bei nationalen Kongressen packt: «Hier kann die optimale Anbindung ans Zugnetz als entscheidender Pluspunkt genutzt werden.»

## EZB lanciert ihre Bankenprüfung im November

Über 120 Grossbanken will die Euronotenbank einer dreistufigen, eingehenden Begutachtung unterziehen. In einem Jahr sollen die Ergebnisse vorliegen.

### Robert Mayer

Der über den Bankbilanzen liegende Nebel müsse zum Verschwinden gebracht werden. So pflegt Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), zu beschreiben, was die von seinem Haus geplanten umfassenden «Gesundheitschecks» der wichtigsten Geldhäuser im Euroraum bezwecken sollen.

Eine gründliche und glaubwürdige Durchleuchtung der Bankbücher durch die EZB soll für Klarheit sorgen und das Vertrauen in den europäischen Finanzsektor wiederherstellen. Es geht aber auch um Vertrauensbildung in eigener Sache: Der Gesundheitscheck bildet den Auftakt zur Übernahme der einheitlichen erweiterten Bankenaufsicht durch die Frankfurter Währungshüter im November 2014, und wenn dieser misslingt, dürften unweigerlich Zweifel aufkommen, dass die EZB ihrer neuen zusätzlichen Aufgabe gewachsen sein wird. Darüber hinaus hat die Euronotenbank alles Interesse an einer genauen Bankenüberprüfung, bevor sie die Verantwortung übernimmt. Dies, um sich abzusichern gegen böse Überraschungen in Gestalt von Altlasten der Banken.

Im November soll die gross angelegte Übung beginnen und sich über zwölf Monate erstrecken, wie die EZB bekannt gab. Im Oktober nächsten Jahres, unmittelbar vor der Stabübergabe in der Bankenaufsicht, will das Noteninstitut die Ergebnisse und die von ihm verfügbaren Auflagen an einzelne Banken offenlegen. Durchleuchtet werden nach aktuellem Stand 124 Grossbanken; die vollständige Liste soll erst 2014 vorliegen.

### Stresstest als Abschluss

Als unterste Limite verlangt die EZB von den durchleuchteten Geldhäusern, dass diese ein hartes, also qualitativ hochwertiges, Kernkapital von 8 Prozent der risikogewichteten Aktiven aufweisen. Die Währungshüter stützen sich dabei auf die ab 2014 in der EU geltenden Eigenkapitalvorschriften laut dem Regelwerk Basel III. Da sich diese Anforderungen während der Übergangszeit bis Ende 2018 schrittweise erhöhen, dürfte die EZB beim anschließenden Stresstest schärfere Mindestanforderungen stellen, zumal dieser Test mittelfristig, sprich: auf einen Zeithorizont von drei bis vier Jahren, angelegt ist.

## Der langwierige Kampf gegen Porno-Rächer

Opfer von Pornoattacken im Internet können sich kaum wehren: Firmen wie Google oder Facebook entfernen entsprechende Inhalte nur widerwillig.

### Walter Niederberger, San Francisco

Am Neujahrstag 2009 brach für Holly Jacobs eine Welt zusammen. Ein Freund rief die Studentin an und warnte sie: Ein Hacker habe sich in ihre Facebook-Seite eingeschlichen und das Porträtfoto gegen ein Nacktbild von ihr ausgewechselt. Zwar wusste sie, dass sie ihrem Ex-Freund auf dessen Wunsch Nacktaufnahmen geschickt hatte, glaubte aber, dass er die Fotos für sich behalten würde. Doch der Albtraum begann erst. Nach und nach tauchten Dutzende von Nacktaufnahmen im Internet auf. Auch ein intimes Video wurde publik.

Noch heute, fast fünf Jahre später, sind auf einschlägigen Pornoseiten Nacktfotos von Holly Jacobs zu finden. Denn die rechtliche Handhabe gegen diese Art von Internetattacken ist umstritten und unzureichend. Das Phänomen der Rache-Porno-Webseiten ist nicht auf die USA beschränkt. Doch wurden solche Attacken vorwiegend über amerikanische Social-Media-Betreiber wie Facebook und Google vorbereitet und mit der Hilfe von US-Pornoanbie-

tern vorangetrieben. Doch dank Holly Jacobs und einer von ihr gegründeten Selbsthilfegruppe werden in den USA jetzt erste Gesetze gegen diese Angriffe auf die Privatsphäre erarbeitet.

Ein Mustergesetz in Kalifornien ist diesen Monat in Kraft getreten, weist aber noch Schlupflöcher auf, da es nur Fotos unter Schutz stellt, die der Täter gemacht hat. «Unsere Erfahrung zeigt, dass - wie in meinem Fall - 80 Prozent der Fotos von den Opfern gemacht werden», sagt Holly Jacobs. «Ich empfehle, niemandem Nacktbilder von sich über das Internet oder via E-Mail anzuvertrauen.»

### Die Polizei ermittelte nicht

Jacobs und ihr Freund hatten sich 2005 an einer Mittelschule in Tampa (Florida) kennen gelernt. Aus der engen Freundschaft wurde eine Beziehung auf Distanz, als er an die Universität in Miami wechselte. Bald schickte sie ihm Nacktbilder und intime Videos von sich und glaubte ihm, auf diese Weise die Bezie-



### Holly Jacobs

Die 29-jährige US-Studentin wurde Opfer von sogenanntem Rache-Porno: Ihr Ex-Freund stellte Nacktbilder und -videos von ihr ins Internet.

hung retten zu können. Doch 2008 trennten sich die beiden, und wenig später tauchten erste Nacktbilder von ihr auf. Sie beantragte eine Verfügung gegen ihren Ex-Freund, die abgelehnt wurde. Jacobs schaltete die Polizei ein, doch diese weigerte sich zunächst, Ermittlungen aufzunehmen - mit Verweis darauf, dass Jacobs die Fotos selber gemacht habe. Später wurde ein Strafverfahren mangels eindeutiger Beweise eingestellt, obwohl eine Verbindung zwischen dem E-Mail-Konto ihres Ex-Freundes und einer Website gefunden wurde.

Statt aufzugeben, ging Jacobs in die Offensive. Zunächst änderte sie ihren Nachnamen. Dann gründete sie die Cyber Civil Rights Initiative, eine Selbsthilfegruppe. Zusammen mit zwei Anwältinnen lobbyierte sie in Kalifornien für ein erstes Gesetz gegen die Porno-Rächer. Das Gesetz trat diesen Monat in Kraft. Übergriffe werden als Vergehen geahndet und mit Haft von bis zu sechs Monaten bestraft. Doch erfasst werden nur Fotos, die der Täter geschossen hat; und die Betreiber der Pornoseiten selber bleiben unbehelligt.

Warum diese Lücken? «Die einzige Erklärung ist, dass die Gesetzgeber nicht glauben, dass die Opfer vollen Schutz verdienen. Es gibt diese Mentalität, wonach die Opfer selber schuld sind. Deshalb wollen wir nicht nur neue Gesetze, wir wollen das Bewusstsein insgesamt über diese unheimliche Bedrohung der

Intimsphäre im Internet schaffen», sagt Jacobs. Etwa ein Dutzend Bundesstaaten bereiten nun Schutzgesetze vor. Das Ziel ist aber, ein national einheitliches Gesetz im Kongress durchzubringen. Solange es keinen umfassenden Schutz gebe, bleibe die Dunkelziffer hoch. «Über 2000 Frauen haben uns schon ähnliche Attacken gemeldet. Doch viele haben Angst, sich zu öffnen, weil sie weitere Demütigungen fürchten», sagt Jacobs.

### Juristen sind uneinig

Juristen und Politiker sind sich uneins, ob und wie stark diese Sexattacken geregelt werden sollen. Prominente Bürgerrechtsgruppen wie die Aclu sind besorgt, dass eine strikte Regelung die Meinungsäusserungsfreiheit beschneiden könnte. Sie verweisen darauf, dass die Veröffentlichung anzüglicher Fotos auch erwünscht sein kann. Als Beleg wird auf Anthony Wiener verwiesen, den Bürgermeister-Kandidaten in New York. Er hatte obszöne Bilder von sich über Twitter an Frauen verschickt. Die Veröffentlichung der Fotos kostete ihn jede Wahlchance.

Zudem geht das amerikanische Verständnis der Meinungsäusserungsfreiheit weiter als das europäische. So gab der Oberste Gerichtshof einer Anti-Homosexuellen-Organisation recht, die eine Trauerfeier für einen Irak-Soldaten zu einer Protestaktion in eigener Sache missbraucht hatte.

## Hartmann entlässt 22 Angestellte

Das Bieler Fassaden- und Torbauunternehmen Hartmann + Co. AG macht weiter. Anfang Oktober hatte es noch geheissen, alle 40 Stellen seien in unmittelbarer Gefahr. Nach Abschluss der gesetzlich vorgeschriebenen Konsultation der Belegschaft kommt es nun zu 22 Kündigungen, wie die Hartmann AG gestern mitteilte. Einige Angestellte hätten in den vergangenen Tagen bereits eine neue Stelle gefunden. Für die Lehrlinge sei zusammen mit dem Kanton eine Lösung ausgearbeitet worden.

Firmenchef Bruno Unternährer sagte auf Anfrage, das 1882 gegründete Unternehmen werde mit rund einem Dutzend Personen weiterarbeiten. Dies weiterhin in den Bereichen Fassaden- und Torbau. Falls Mitarbeiter den Bereich Torbau übernehmen wollten, sei die Firma bereit, diesen abzugeben. Allfällige interne Projekte zur Stellenrettung müssten von der Geschäftsleitung «wohlwollend unterstützt werden», schreibt die Gewerkschaft Unia in einer Mitteilung.

### Hoher Preisdruck

Als Grund für die Massenentlassung gibt die Hartmann + Co. AG den gestiegenen Preisdruck in der Branche an. Dies unter anderem wegen der Konkurrenz aus dem Ausland. Wegen des defizitären Geschäftsgangs gab die Firma vor zwei Jahren bereits den Bereich Sonnen- und Wetterschutz ab. (sda)